N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.01.2020 im Ratssaal des Friedrichsbaus, Bühl, Friedrichstraße 2,

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 19:35 Uhr

- - - - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied
Stadträtin Barbara Becker
Stadtrat Christian Böckeler
Stadtrat Bernd Broß
Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm
Stadtrat Johannes van Daalen
Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger
Stadtrat Franz Fallert
Stadtrat Georg Feuerer
Stadtrat Daniel Fritz
Stadträtin Beate Gässler
Stadtrat Timo Gretz
Stadtrat Peter Hirn
Stadtrat Lutz Jäckel
Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs
Stadtrat Ludwig Löschner
Stadtrat Ulrich Nagel
Stadtrat Johannes Prof. Dr. Moosheimer
Stadtrat Peter Schmidt
Stadtrat Georg Schultheiß
Stadtrat Walter Seifermann
Stadtrat Peter Teichmann
Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg
Stadtrat Jörg Woytal
Stadtrat Norbert Zeller
Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher
Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz
Ortsverwaltung Eisental, Jürgen Lauten

Verwaltung
Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst
Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste,
Martin Bürkle
Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk
Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,
Wolfgang Eller
Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,
Corina Bergmaier
Personal und Organisation, Daniel Bauer

Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, Jörg Zimmer	
Pressesprecher, Matthias Buschert	
Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, Thomas Bauer	
Rechts- und Ausländerwesen, Elisabeth Beerens	
Zentrale Dienste, Reinhard Renner	
Ordnungsamt, Andreas Bohnert	
Bürgerhaus Neuer Markt, Corinna Doba	bis 19:05 Uhr anwesend
Revision, Petra Ewert	
Mediathek, Sonja Kropp	
Mediathek, Sarah Lorenz	
Stadtgeschichtliches Institut, Michael Rumpf	bis 18:40 Uhr anwesend
Tiefbau-Bauhof-Grünflächen, Wolfgang Schuchter	
Stadtentwicklung, Barbara Thévenot	

Zuhörer/innen	6
Pressevertreter	4

<u>Entschuldigt fehlen:</u>

Gremiumsmitglied
Stadtrat Thomas Wäldele

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde

2. Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Verwaltungsausschusssitzung vom 18.12.2019 gefassten Beschlüsse

3. Umbenennung der Alban-Stolz-Straße; Grundsatzbeschluss

4. Einstellung des Bühler Jahrbuchs

5. Erhöhung der Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen

6. Erhöhung der Nutzungsentgelte für das Bürgerhaus Neuer Markt; Änderung der Miet- und Entgeltordnung

7. Mediathek; Änderung der Benutzungsordnung in Bezug auf die Höhe der Mahngebühren

8. IKZ Breitbandprojekt Mittelbaden - Vergabe der Bauarbeiten zur Errichtung eines Höchstgeschwindigkeitsnetzes im Mischgebiet Weitenung-Ost

9. Instandsetzungsarbeiten 2020/2022 in der Kernstadt und Stadtteilen;
   Vergabe der Straßen-, Feldwege-, Brücken-, Unterhaltung öffentlicher Plätze, Fußwege/Gehwege, Kanalisations- und sonstigen Tiefbauarbeiten

10. Rheintalhalle Weitenung – Erneuerung Lüftungsanlage; Vergabe der Bauarbeiten

11. Ausweisung von Teilbereichen der Herbert-Odenheimer-Straße, der Luisenstraße, Platz Villefranche und der Elisabethenstraße als Fußgängerzone

12. Annahme von Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von Oktober bis Dezember 2019 und Nachtrag Mai 2019

13. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt das entschuldigte Mitglied sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Auf Nachfrage eines Bürgers bestätigt Bürgermeister Jokerst, dass man derzeit mit der AMCHA im Gespräch über einen möglichen Beitritt der Stadt Bühl ist.

TOP 2: Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Verwaltungsausschusssitzung vom 18.12.2019 gefassten Beschlüsse

Oberbürgermeister Schnurr gibt die in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 18.12.2019 gefassten Beschlüsse (TOP 1, 2, 3) bekannt.

TOP 3: Umbenennung der Alban-Stolz-Straße; Grundsatzbeschluss

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass man aus der Fraktionsvorsitzendenrunde als neuen Straßennamen Anneliese Knoop-Graf vorschlägt.

Bürgermeister Jokerst ergänzt, dass auch der Kultur-und Sozialausschuss einstimmig empfohlen hat, dieses Verfahren zur Straßenumbenennung einzuleiten.

Stadtrat Feuerer erklärt, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag sowie auch den neuen Namensvorschlag unterstützt.

Stadträtin Becker geht in ihren Ausführungen nochmals auf den Antisemitismus von Alban Stolz ein, der es untragbar macht, dass man weiterhin eine Straße nach dieser Person benennt. Sie findet es darüber hinaus besonders passend, dass jetzt die Benennung nach einer Frau vorgeschlagen wird, die ihr Leben gerade dem Kampf gegen diese Ideologie gewidmet hatte. Sie meint aber auch, dass die Geschichte nicht vergessen werden darf, weshalb sie anregt, dass in der Straße eine Tafel mit dem ehemaligen Straßennamen und den Bezügen dazu angebracht wird.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer erklärt, dass sich auch die FW-Fraktion für die Straßenumbenennung ausspricht. Zu überlegen wäre nach seiner Ansicht nach jedoch, ob es wiederum eine Persönlichkeit sein sollte, nach der die Straße benannt werden soll.

Auf seine weiteren Äußerungen antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass es heute um den Grundsatzbeschluss der Straßenumbenennung geht, über die weiteren Punkte in Bühl, die mit Alban Stolz in Zusammenhang gebracht werden können, ist noch zu reden.

Stadtrat Jäckel erklärt, dass die Stadt keinen direkten Einfluss auf diese anderen Punkte hat, sondern dies lediglich bei den Betroffenen, z.B. der Kirche, anregen kann. Anders sieht es jedoch hier bei dieser Straße oder auch bei dem Rathausfenster aus. Er äußert ausdrücklich seine Freude über den Vorschlag Anneliese Knoop-Graf, da er sie persönlich noch lange begleiten durfte. Sie war eine überzeugte Liberale und die letzte Vertreterin der „Weißen Rose“.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Fallert, sagt Oberbürgermeister Schnurr zu, zu prüfen, ob die Kapelle „Maria zum Trost“ auf dem Stadtfriedhof tatsächlich mit einem städtischen Schild „Alban-Stolz-Kapelle“ versehen ist.

Stadtrat Schmidt erklärt, dass es ihm nicht schwer fällt, hier dieser Straßenumbenennung aufgrund des erwiesenen Antisemitismus zuzustimmen. Er betont darüber hinaus, dass Antisemitismus in der AfD keinen Platz hat. Er warnt vor den Folgen von Hass und Hetze, egal aus welchem Spektrum diese kommen.

Stadtrat Seifermann hält diese Straßenumbenennung für längst überfällig. Er zeigt sich auch mit dem neuen Straßennamenvorschlag einverstanden. Er denkt, dass man sicherlich noch weitere kritische Straßennamen in Bühl hat, die überprüft werden müssen.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Schultheiß antwortet Herr Renner, Zentrale Dienste, dass wohl keine größeren Kosten auf die Betroffenen und die Stadt im Rahmen dieser Straßenumbenennung zukommen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Verfahren zur Umbenennung der Alban-Stolz-Straße einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

TOP 4: Einstellung des Bühler Jahrbuchs

Bürgermeister Jokerst geht auf die Vorlage ein.

Stadträtin Dr. Burget-Behm schlägt anstatt der kompletten Einstellung ein zweijähriges Moratorium vor. In dieser Zeit soll neu darüber nachgedacht werden, ob man das Bühler Jahrbuch in neuer Form wieder herausbringt. Aus vielen Gesprächen mit den Bürgern hat sich herausgestellt, dass der frühere Bühler Heimatbrief beliebter wie das jetzige Bühler Jahrbuch war.

Bürgermeister Jokerst bestätigt, dass man auch innerhalb der Verwaltung darüber nachdenken möchte, welches Medium zeitgemäß ist. Man wird mit entsprechenden Vorschlägen wieder auf den Gemeinderat zukommen, auch ohne heute einen solchen Aufschub zu beschließen.

Oberbürgermeister Schnurr schlägt darauf hin als Ergänzung zum Beschlussvorschlag die Formulierung „in der jetzigen Form“ vor.

Auch Stadtrat Teichmann findet, dass dieses Werk eine wichtige Publikation, auch für die Stadtteile, ist.

Stadtrat Schultheiß schließt sich im Namen der FW-Fraktion den Äußerungen der Vorredner an und dankt allen, die sich bisher für dieses Werk engagiert haben.
Man würde es ebenfalls begrüßen, wenn die Verwaltung diese Chronik in anderer Form weiterführen würde.

Stadtrat Hirn betont, dass er auch ohne eine ausdrückliche Änderung des Beschlussvorschlages es so wahrnimmt, dass man dieses Werk in der jetzigen Form zwar einstellt, sich jedoch Gedanken macht, in welcher Form man zukünftig eine Chronik führen möchte. Trotz der hohen Qualität des Bühler Jahrbuches bleibt aufgrund des mangelnden Interesses nichts anderes übrig, als auf diese Form zukünftig zu verzichten.

Stadtrat Löschner verweist auf die Ortsteilchroniken, wie z.B. Neusatz und Weitenung, in welche ehrenamtliches Engagement und Spendengelder einfließen. Vielleicht wäre ein solcher Weg auch für die gesamtstädtische Chronik denkbar.

Stadtrat Feuerer schließt sich für die CDU-Fraktion dem Dank an alle hier Engagierten an und findet es auch schade, dass dieses Werk eingestellt wird. Er geht davon aus, dass das Stadtgeschichtliche Institut trotzdem weiterhin die Chronik der Stadt Bühl festhält und das Zeitgeschehen erfasst.

Auf seine entsprechende Nachfrage bestätigt Oberbürgermeister Schnurr, dass die Filmchronik unabhängig von der Einstellung des Bühler Jahrbuches weitergeführt wird.

Stadtrat Fritz spricht sich weiterhin für eine Papierversion aus und denkt, dass es in der Stadt noch Potenzial für ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich geben könnte.

Stadtrat Jäckel stellt klar, dass man angesichts der geringen Nachfrage feststellen muss, dass man sich ein solches Werk aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr leisten kann. D.h. nicht, dass man nicht andere Medien entwickeln kann.

In ähnlicher Weise äußert sich auch Stadtrat Seifermann, der betont, dass man in einer solchen Haushaltslage Prioritäten setzen muss.

Stadtrat Fritz betont, dass man sich einig ist, dass das Bühler Jahrbuch in dieser Form zu teuer ist, weshalb man sich Gedanken über mögliche Alternativen macht.

Abschließend formuliert Oberbürgermeister Schnurr den folgenden Beschluss incl. der Ergänzung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Bühler Jahrbuch in der jetzigen Form ab dem Jahr 2020 einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen,
1Stimmenthaltung

TOP 5: Erhöhung der Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen

Nach einführenden Worten von Bürgermeister Jokerst erläutert Herr Dürk, Bildung-Kultur-Generationen, die Vorlage näher.

Stadtrat Gretz erklärt, dass die SPD-Fraktion diese Entgelterhöhung ablehnen wird, da man eine Erhöhung von 10 % in zwei Jahren für unverhältnismäßig hält. Man ist natürlich für kostenfreie frühkindliche Bildung, was jedoch nicht Sache des Gemeinderates ist, weshalb sich eine Diskussion hierüber an dieser Stelle erübrigt. Er denkt aber, dass die Stadt ihr Möglichstes tun sollte, um Familien zu entlasten. Er denkt, dass es im Haushalt Möglichkeiten gibt, bei Freiwilligkeitsleistungen so zu reduzieren, dass man auf die hier durch die Gebührenerhöhung vorgesehenen Mehreinnahmen verzichten kann.

Stadtrat Feuerer betont, dass die Kosten weiter steigen werden und die Schere zwischen Kosten und Einnahmen weiter auseinandergehen wird. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion deshalb dieser moderaten Erhöhung von 3 % pro Jahr zustimmen wird.

Stadträtin Zick betont, dass man auch die Gebührenfreiheit gut finden würde. Familien mit niedrigem Einkommen leiden natürlich unter einer Gebührenerhöhung, auch wenn diese maßvoll ist. Sie sichert Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Seifermann geht davon aus, dass die Gebührenfreiheit für die Kindertageseinrichtungen bald kommen wird. Als Kommune ist man jedoch dazu gezwungen, auf den vielen Gebieten handlungsfähig zu bleiben, weshalb man z.B. auch hier diese Erhöhung vornehmen muss, auch wenn das niemandem gefällt.

Stadtrat Jäckel betont, dass man wohl oder übel diesen Weg einer regelmäßigen moderaten Erhöhung gehen muss, wenn man die hohen Standards und die hohe Qualität halten möchte. Er sichert deshalb auch die Zustimmung der FDP-Fraktion zu.

Abschließend geht Herr Dürk auf die weitere Kostenentwicklung ein. Er sagt zu, dass man zeitnah mit einer Bedarfsplanung in den Kulturausschuss und in den Gemeinderat gehen wird. Man wird auch in Bühl nicht umhinkommen, den Platzbedarf weiter ausbauen zu müssen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen ab dem 01.04.2020 und ab dem 01.09.2021 in nachfolgender Höhe festzusetzen (Abrechnungsbasis 12 Monate):

Elternentgelte	01.04.2020	01.09.2021
Entgelte für Kinder von 3 bis 6 Jahren:		
Regelbeitrag für das Erstkind	99,00 €	102,00 €
Regelbeitrag für das Zweitkind	49,50 €	51,00 €
Inanspruchnahme verlängerter Betreuungszeiten	26,00 €	27,00 €
Beitrag Ganztagsbetreuung incl. Essen		
Betreuungszeit bis 9,0 Stunden/Stück	235,00 €	245,00 €
Betreuungszeit bis 10,50 Stunden/Stück (Bühler Kinderhaus und Kind & Co. Weitenung)	260,00 €	270,00 €
Ermäßigung für Zweitkinder	49,50 €	51,00 €

Elternentgelte Krippenkinder (Kinder < 3 J.):		
Betreuungszeit bis 4,5 Stunden (Regelbetreuung)	150,00 €	153,00 €
Betreuungszeit bis 6,5 Stunden (VÖ) incl. Essen	255,00 €	265,00 €
Ganztagsbetreuung bis 9,0 Stunden/Stück	335,00 €	350,00 €
Ganztagsbetreuung bis 10,50 Std. (GT) incl. Essen (Bühler Kinderhaus und Kind & Co. Weitenung)	375,00 €	390,00 €
Das dritte Kind einer Familie ist immer beitragsfrei, es wird lediglich ein		

Essensanteil erhoben.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 6: Erhöhung der Nutzungsentgelte für das Bürgerhaus Neuer Markt; Änderung der Miet- und Entgeltordnung

Die Leiterin des Bürgerhauses Neuer Markt, Frau Doba, geht auf die Vorlage ein.

Stadtrat Teichmann verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Stadtrat Feuerer ist der Meinung, dass man zukünftig nicht so lange zuwarten sollte, bis man die Entgelte anpasst. Er hält es auch für wünschenswert, wenn es gelänge, mehr Vereine in das Bürgerhaus Neuer Markt zu bringen. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion diese Anpassung mitträgt.

Stadtrat Woytal betont, dass man auf das Bürgerhaus Neuer Markt stolz sein kann. Auch er hält aufgrund der verschiedenen Kosten eine Anpassung der Entgelte für unumgänglich. Er hält auch die Regelung für Vereine gut und sichert ebenfalls die Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu.

Auch Stadtrat Seifermann spricht von einer überfälligen Erhöhung. Wie seine Vorredner ist auch er der Meinung, dass man zukünftig die Entgelte in kürzeren Zeitabständen anpassen muss.

In ähnlicher Weise äußert sich auch Stadtrat Hirn, der für die SPD-Fraktion auch Zustimmung signalisiert.

Stadtrat Seifermann verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der weiteren Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Auch Stadtrat Jäckel schließt sich den Äußerungen seiner Vorredner an und betont den Investitionsbedarf im Bürgerhaus in den nächsten Jahren, z.B. auch hinsichtlich der Barrierefreiheit.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Schultheiß betont Oberbürgermeister Schnurr, dass die aufgeführte Zusatzvereinbarung für Vereine Bestandteil des folgenden Beschlusses ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt ab dem 01.02.2020 für das Bürgerhaus Neuer Markt eine Erhöhung der Nutzungsentgelte (= Anlage 4 der Gemeinderatsvorlage). Für die bereits geschlossenen Miet- und Veranstaltungsverträge gilt weiterhin die Miet- und Entgeltordnung in alter Form.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 7: Mediathek; Änderung der Benutzungsordnung in Bezug auf die Höhe der Mahngebühren

In seinen einleitenden Worten geht Bürgermeister Jokerst darauf ein, dass es aufgrund dieser Mahngebühren zu erheblichem Unmut der Nutzer gegenüber dem Personal der Mediathek gekommen ist. Deshalb schlägt man vor, bei der 1. Mahnung wieder von 2,-- € auf 1,-- € zurückzugehen.

Stadträtin Dr. Wendenburg betont, dass diese Säumnisgebühren auch eine erzieherische Wirkung haben. Sie weist darauf hin, dass Unmut auch bei den Nutzern entsteht, die ein Medium zu einem bestimmten Zeitpunkt ausleihen möchten, was jedoch aufgrund der versäumten Rückgabe nicht erfolgen kann. Insoweit ist man innerhalb der CDU-Fraktion zwar der Meinung, auf 1,-- € bei der 1. Mahnung zurückzugehen, jedoch bei der 2. und 3. Mahnung entsprechend dem Oberkircher Modell die Mahngebühren stufenweise zu erhöhen.

Herr Dürk, Bildung-Kultur-Generationen, entgegnet, dass es letztlich bei der 2. und erst recht bei der 3. Mahnstufe nur noch relativ wenige Betroffene sind, weshalb sich hier eine Erhöhung der Mahngebühren monetär kaum auswirkt. Die in der 2. und 3. Stufe vorgesehenen 1,-- € pro Medium sind allgemein gängige Praxis. Als Kompromissvorschlag könnte er sich vorstellen, bei der 3. Mahnung von 1,-- € auf 2,-- € pro Medium zu gehen.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer spricht sich für den Beschlussvorschlag aus und hat nichts gegen den vorgebrachten Kompromissvorschlag bei der 3. Mahnstufe.

Auf seine entsprechende Nachfrage geht Frau Lorenz, Mediathek, auf das Verfahren bei den Mahnungen ein, u.a. die Erinnerungsmöglichkeiten.

In ähnlicher Weise wie Stadträtin Dr. Wendenburg, äußert sich auch Stadtrat Hirn, der es völlig in Ordnung findet, dass diese Mahngebühren erhoben werden. Er sichert deshalb Zustimmung zum Beschlussvorschlag incl. des ergänzenden Vorschlages bei der 3. Mahnstufe zu.

Stadtrat Jäckel erklärt, dass er sich durchaus auch mit dem Oberkircher Modell anfreunden könnte, d.h., dass die Mahngebühren mit jeder Stufe zunehmen.

Stadtrat Seifermann erklärt, dass auch die GAL-Fraktion dem Beschlussvorschlag einschließlich der Ergänzung zustimmen wird.

Stadtrat Fritz betont nochmals die Möglichkeit, die Mahnungen elektronisch statt in Papierform zu versenden.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass der nachfolgende Beschluss den in der Diskussion eingebrachten Vorschlag bei der 3. Mahnstufe beinhaltet.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für die Mediathek eine Änderung der Benutzungsordnung. Ab dem 01.02.2020 wird in der 1. Mahnstufe eine Säumnisgebühr i. H. v. 1,-- € pro Medium erhoben, in der 2. Mahnstufe ebenfalls 1,-- € pro Medium und in der 3. Mahnstufe 2,-- € pro Medium.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

TOP 8: IKZ Breitbandprojekt Mittelbaden - Vergabe der Bauarbeiten zur Errichtung eines Höchstgeschwindigkeitsnetzes im Mischgebiet Weitenung-Ost

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, der Stadtwerke Bühl GmbH den Auftrag zur Errichtung des Breitbandnetzes im Mischgebiet „Weitenung-Ost“ in Höhe von 1.746.831,05 € zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

TOP 9: Instandsetzungsarbeiten 2020/2022 in der Kernstadt und Stadtteilen; Vergabe der Straßen-, Feldwege-, Brücken-, Unterhaltung öffentlicher Plätze, Fußwege/Gehwege, Kanalisations- und sonstigen Tiefbauarbeiten

Beschluss:

Die Firma Josef Schnell GmbH, Baden-Baden, erhält den Instandsetzungsauftrag 2020 bis 2022 für Straßen-, Kanalisations- und sonstige Tiefbauarbeiten in Höhe von brutto 846.485,53 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

TOP 10: Rheintalhalle Weitenung – Erneuerung Lüftungsanlage; Vergabe der Bauarbeiten

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage ein.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer erklärt Herr Eller, Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien, dass die Sache bezüglich der Tullahalle Vimbuch bereits läuft.

Beschluss:

Die Firma Haag GmbH, 76829 Landau erhält den Auftrag für die erforderlichen Bauarbeiten zur Erneuerung der Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung der Rheintalhalle Weitenung zum Bruttoangebotspreis von 177.533,54 Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

TOP 11: Ausweisung von Teilbereichen der Herbert-Odenheimer-Straße, der Luisenstraße, Platz Villefranche und der Elisabethenstraße als Fußgängerzone

Stadtrat Seifermann spricht sich für den Beschlussvorschlag aus. Ihm ist wichtig, dass es sich hier jedoch um keine klassische Fußgängerzone, sondern letztlich um einen Schulhof für zwei Schulen handelt. Ferner bittet er darauf zu achten, dass jegliche Schleichwege zugemacht werden.

Stadtrat Feuerer spricht ebenfalls von einer sinnvollen Maßnahme.

Oberbürgermeister Schnurr sagt ihm auf seine entsprechende Nachfrage zu, dass man im Rahmen der Freiraumgestaltung auch noch über Begrünung des Areals sprechen wird. Auch die Frage des Hol- und Bringdienstes ist noch zu lösen.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Löschner antwortet Oberbürgermeister Schnurr,

dass die Heidlauffstraße als Einbahnstraße und verkehrsberuhigt ausgestaltet werden soll.

Stadtrat Woytal schließt sich den zustimmenden Äußerungen seiner Vorredner an und sichert Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu.

Auf seine entsprechende Nachfrage geht Herr Bohnert, Ordnungsamt, auf die Bereitstellung von Behindertenparkplätzen in dem Areal ein. Sofern solche Plätze wegfallen, sind an anderer Stelle entsprechende Ersatzplätze einzurichten.

Stadtrat Hirn erklärt, dass er sich den Ausführungen von Stadtrat Seifermann anschließt.

Auch Stadtrat Jäckel betont, dass es jetzt durchaus Sinn macht, den bisherigen Zustand einfach weiter beizubehalten.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt Stadträtin Becker, dass auch in der Heidlauffstraße entsprechende Begrünung vorgesehen ist.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der weiteren Beratung und Beschlussfassung über diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt nicht teil.

Auf nochmalige Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm zur Heidlauffstraße betont Oberbürgermeister Schnurr, dass diese jetzt schon verkehrsberuhigt, also Tempo 7 km/h, ist. Sobald jetzt noch der Kreisel beim Kaufland kommt, kann man hier auch noch eine Einbahnstraße machen. Somit kann man dann über die Hälfte der Verkehrsfläche verfügen. Dort kann man dann gestalterisch tätig werden, wobei die Anfahrbarkeit der Mensa gewährleistet werden muss.

Stadtrat Broß weist auch darauf hin, dass die Anfahrbarkeit des Bühnenzugangs beim Bürgerhaus Neuer Markt ebenfalls gewährleistet werden muss. Der Bereich muss deshalb auch groß genug für LKW´s sein.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Bereich der Herbert-Odenheimer-Straße zwischen Realschule und Luisenstraße, die Luisenstraße ab der Einmündung Heidlauffstraße bis zum Platz Villefranche, das Teilstück des Platzes Villefranche zwischen Herbert-Odenheimer-Straße und Elisabethenstraße sowie das Teilstück der Elisabethenstraße ab Platz Villefranche bis zur Zufahrt zum Parkplatz der Aloys-Schreiber-Schule als Fußgängerbereich auszuweisen und die erforderliche teilweise Entwidmung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 12: Annahme von Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von Oktober bis Dezember 2019 und Nachtrag Mai 2019

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage zur Gemeinderatsvorlage einzeln aufgeführten Spenden / Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Namen der Stadt Bühl an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 13: Berichte und Anfragen

Bekanntgabe des Oberbürgermeisters

Haushalt 2020

Vorgestern – und damit so früh wie seit vielen Jahren nicht mehr – hat man vom Regierungspräsidium Karlsruhe die auf den 17. Januar 2020 datierte Genehmigung des Haushaltes 2020 erhalten. Die Genehmigung ist – wie schon in den Gesprächen mit dem Regierungspräsidium im vergangenen Jahr von dort angedeutet – mit der Aufforderung verbunden, geeignete und nachhaltig wirkende Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts zu ergreifen. Außerdem soll man bis zum 01. September 2020 über die eingeleiteten Maßnahmen und den Verlauf des Haushaltsjahres berichten.

Der Fachbereich Finanzen – Beteiligungen – Liegenschaften ist jetzt schon mit der Vorbereitung der Haushaltsplanung 2021 beschäftigt. Der Versand der Tabellen für die Mittelanmeldungen an die Fachbereiche und Referate ist im März vorgesehen. Es ist beabsichtigt, noch vor den Sommerferien die Investitionsplanung und den Stellenplan für das Jahr 2021 zur Beratung vorzulegen. Die Einbringung des Haushaltes ist wieder im Oktober, die Haushaltsberatungen sind wieder im November vorgesehen.

Man will diese zeitliche Vorgabe auch in der Zukunft beibehalten, da es wesentliche Vorteile beispielsweise bei den Ausschreibungen und dem Beginn von Maßnahmen bedeutet.

Erste Maßnahmen zu Einsparungen/Verbesserungen des Haushalts sind bereits begonnen bzw. in die Wege geleitet, so auch aus der heutigen Sitzung.

Dies bedeutet eine Verbesserung von jährlich knapp 100.000 €.

Parkverhalten

Stadtrat Teichmann bemängelt das Parkverhalten insbesondere am vergangenen Sonntagmorgen im Bereich der Eisenbahnstraße, wo offensichtlich jeder macht, was er will, und fragt nach durchaus drastischeren Maßnahmen, z.B. Abschleppen.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass man die Sache weiterhin beobachten, aber wohl nicht in dieser Weise eingreifen wird.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister: Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Reinhard Renner